



Die traditionelle Rede Emmanuel Macrons vor den französischen Botschaftern am 8. Januar war mehr als eine diplomatische Standortbestimmung. Sie ist eine Warnung – und eine Mahnung. Während sich die Weltlage rapide verschärft, scheint Europa in alten Gewissheiten zu verharren. Frankreichs Präsident spricht Klartext: Die regelbasierte internationale Ordnung, wie sie der Westen einst etablierte, steht unter Druck – nicht nur durch ihre erklärten Gegner, sondern zunehmend auch durch ehemalige Garanten wie die Vereinigten Staaten

Anlass für Macrons Kritik war die jüngste amerikanische Militäraktion in Venezuela, bei der US-Spezialkräfte den autoritär regierenden Präsidenten Nicolás Maduro festsetzten. Ein solcher Zugriff, ohne UN-Mandat und ohne Absprache mit Verbündeten, wäre vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Dass Washington sich heute nicht einmal mehr die Mühe macht, ein multilaterales Feigenblatt vorzuschieben, ist Ausdruck eines fundamentalen Paradigmenwechsels. Macron bringt es auf den Punkt: Die Vereinigten Staaten „s'affranchissent des règles internationales“ – sie lösen sich von der Ordnung, die sie einst selbst mitbegründet haben.

Der Bruch ist nicht neu, aber er vertieft sich. Schon unter Donald Trump's erster Präsidentschaft begann die Rückabwicklung amerikanischer Bündnisverpflichtungen. Joe Biden stellte zwar rhetorisch den Schulterschluss mit Europa wieder her – faktisch aber folgten viele Entscheidungen dem Primat nationaler Interessen. Die militärische Intervention in Venezuela jetzt wirkt wie ein Echo der sogenannten Monroe-Doktrin, diesmal ohne ideologischen Überbau.

Macrons Reaktion darauf ist doppeldeutig. Einerseits formuliert er eine nüchterne Analyse der Machtpolitik, wie sie sich derzeit zwischen Washington, Peking und Moskau abspielt. Andererseits scheint er weiter auf eine europäische Antwort zu hoffen, die aber in der Realität kaum über lauwarmer Rhetorik hinausgeht. Der Ruf nach „strategischer Autonomie“ Europas, nach einer „Politik der europäischen Präferenz“ in der Wirtschaft, bleibt seit Jahren folgenlos – nicht zuletzt, weil Berlin zögert und Brüssel zaudert.

In seiner Rede beklagt Macron die ökonomische Verwundbarkeit Europas. Die EU, so sein Vorwurf, reguliere ihre eigene Wirtschaft bis zur Selbstlähmung, während sie sich kaum gegen aggressive Industriepolitik aus China oder amerikanische Strafzölle zur Wehr setze. Tatsächlich offenbart sich hier eine strategische Leerstelle: Weder im Energiebereich noch in der Digitalwirtschaft verfügt Europa über echte Souveränität. Die Vorstellung, man könne durch Regeln allein Macht und Stärke sichern, hat sich als Illusion entpuppt.

Doch auch Macrons Diagnose hat blinde Flecken. Frankreich selbst scheut in vielen Bereichen



die wirtschaftliche Öffnung – von staatlich geschützten Industrien bis zur verkrusteten Arbeitsmarktpolitik. Der Appell an eine „Logik der Stärke“ bleibt schal, wenn er nicht mit Reformwillen im Innern verbunden wird. Und eine „europäische Präferenz“ darf nicht zum Deckmantel nationaler Industriepolitik verkommen.

Was bleibt, ist die Einsicht: Die Welt kehrt zurück zur Machtpolitik – mit allen Risiken, die das birgt. Europa, und insbesondere die EU, muss sich entscheiden, ob es in dieser Ordnung mitgestalten will oder zur Zuschauerin wird. Macrons Rede war ein Versuch, diese Debatte neu zu entfachen. Ob er gehört wird, ist ungewiss.

**Von Andreas Brucker**